

# Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Donnerstag, 21. September 2023 · Nr. 219 · 244. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.30

## Der Formstand der Parteien

Ein unübersichtliches Themenfeld macht den Wahltag unberechenbar

dgy. · Das Interesse an einem Sitz im Bundeshaus ist bei den kommenden Wahlen so gross wie noch nie zuvor: Gegen 6000 Kandidatinnen und Kandidaten wollen in den Nationalrat einziehen – rund 1200 mehr als vor vier Jahren. Hinzu kommen gut 170 Kandidatinnen und Kandidaten bei den Ständeratswahlen. Von einem brandheissen Wahlkampf kann dennoch kaum die Rede sein. Gut vier Wochen vor dem Wahltag am 22. Oktober sorgen vor allem die Wahlkampfbudgets für Aufmerksamkeit.

Weil erstmals neue Transparenzregeln gelten, müssen Akteure, die eine Kampagne führen, deren Finanzierung offenlegen. In der Datenbank der Eidgenössischen Finanzkontrolle haben bisher etwa 260 Parteien, Kandidaten, Verbände oder Vereine ihre Budgets deklariert. Gesamthaft wollen sie rund 50 Millionen Franken in die eidgenössischen Wahlen investieren. Am meisten Geld geben die vier Bundesratsparteien aus. Jedoch sind die Zahlen unvollständig und deshalb nur bedingt aussagekräftig.

Interessanter sind der Formstand der Parteien und die Frage, mit welchen Rezepten die Wählerschaft angesprochen und mobilisiert werden soll. Nachdem die Wahlen vor vier Jahren mit der Klimawelle und der Frauenoffensive spürbare Veränderungen gebracht haben, ist in diesem Jahr kaum mit grossen Verwerfungen zu rechnen. Gleichzeitig macht die unübersichtliche Themenkonjunktur den Wahltag unberechenbar. Dies, zumal schon kleine Verschiebungen die Rangfolge bei der Parteienstärke verändern können.

In einem Überblick hat die NZZ die Parteien unter die Lupe genommen. Dabei zeigt sich, dass es der SVP am besten gelingt, auf aktuelle Themen zu reagieren und Akzente zu setzen. Der FDP-Präsident Thierry Burkart ist derzeit stark damit beschäftigt, seine Partei in wichtigen Fragen zu einigen. Die Mitte profitiert von ihrem starken Parteipräsidenten Gerhard Pfister. Die SP verstand es in den letzten vier Jahren, sich im linken Lager als Führungskraft zu bestätigen, während es die Grünen verpassten, aus dem Wahlsieg von 2019 etwas zu machen. Auch der GLP mangelt es trotz geschicktem Auftritt an Durchschlagskraft.

Schweiz, Seite 8, 9

ANZEIGE

PRAGER DREIFUSS  
ATTORNEYS AT LAW



Startup Desk  
www.prager-dreifuss.com



Die Schweizer Bauern sehen die Milch- und Fleischproduktion in Gefahr. ANNICK RAMP / NZZ

## Bio allein ist nicht die Lösung

Für eine umweltgerechte Ernährung braucht es Kostenwahrheit

mbe. · In der Schweiz wird über die Ernährung gestritten. Jüngster Auslöser ist ein Vorstoss des Bundes, der eine «Klimastrategie für Landwirtschaft und Ernährung» vorgestellt hat. Die Bundesverwaltung möchte die Bevölkerung dazu bringen, weniger Fleisch und mehr pflanzliche Produkte zu essen. So sollen die Treibhausgasemissionen und andere Umweltprobleme, die mit der landwirtschaftlichen Produktion verbunden sind, reduziert werden. Der Bund treibt 42 verschiedene Massnahmen voran. Die Klimastrategie ist ein Beispiel dafür, wie die Politik mithilfe von Aufklärung und Förderprojekten den Nahrungsmittelsektor grundlegend umgestalten will.

Der Vorstoss des Bundes kommt bei den Bauern nicht gut an. Ihnen missfällt, dass die Politik die Tierbestände in der Schweiz deutlich reduzieren will. Sie sehen die Fleisch- und Milchproduktion in Gefahr. Zudem wittern sie Bevormundung und finden, der Staat habe den Leuten beim Essen nicht dreinzureden. Für die Bauern stehen

vor allem die Konsumentinnen und Konsumenten in der Pflicht. Wenn diesen der Umweltschutz wichtig sei, so müssten sie mehr Bio- und Labelprodukte kaufen, sagen sie. Dann werde die Landwirtschaft von selbst umweltfreundlicher.

Allerdings greifen sowohl das Mikromanagement des Bundes wie auch die Vorstellungen der Bauern zu kurz. Damit die mit der Landwirtschaft und der Ernährung verbundenen Umweltprobleme gelöst werden, braucht es einen neuen Ansatz. Er heisst Kostenwahrheit. Ähnlich wie in der Klimapolitik sollten Umweltschäden einen Preis erhalten. Beispielsweise wäre es auch in der Landwirtschaft sinnvoll, Lenkungsabgaben auf Treibhausgasemissionen zu erheben, um den Umweltschutz zu fördern. Das Prinzip der Kostenwahrheit würde eine Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik ermöglichen, die gleichzeitig umweltgerecht und liberal ist. Zudem könnte es die verhärteten Fronten zwischen Veganern und Fleischliebhabern aufweichen.

Meinung & Debatte, Seite 17

## Nagorni Karabach kapituliert

Die Bevölkerung steht vor einer ungewissen Zukunft

Aserbaidschan hat dank seiner militärischen Übermacht die Kontrolle über die armenisch besiedelte Region gewonnen. Ein friedliches Miteinander ist kaum vorstellbar. Auch für Armenien ist die Bedrohung nicht gebannt.

MARKUS ACKERET, MOSKAU

Nagorni Karabach hat knapp 24 Stunden der aserbaidischen Übermacht getrotzt, dann musste die Führung des armenisch besiedelten Gebiets die ungleichen Kräfteverhältnisse akzeptieren. Am Mittwoch um 13 Uhr (Ortszeit) trat eine Waffenruhe in Kraft, die einer Kapitulation gleichkommt und den von Aserbaidschan losgetretenen Krieg bereits beendet. Aufseiten Karabachs forderte er mindestens 32 Tote und über 200 Verletzte. Um Menschenleben zu retten, gebe es zu der Waffenruhe keine Alternative, machte die Führung der Karabach-Armenier deutlich. Ganz schwiegen die Waffen aber auch nach der Verkündung der Waffenruhe nicht.

### Furcht vor weiterer Gewalt

Die Vereinbarung war offenbar von den russischen «Friedenstruppen» vermittelt worden und scheint die Bedingungen zu erfüllen, die Aserbaidschan am Vortag als Voraussetzung für Gespräche zur Zukunft der Region aufgestellt hatte. Zu diesen zählen die vollständige Entwaffnung der militärischen Formationen Karabachs, die Auflösung der quasistaatlichen Strukturen sowie Gespräche zur «Reintegration» der Region. Darüber soll ab Donnerstag in der Stadt Yevlakh gesprochen werden. In Baku sagte ein Präsidentenberater, der Plan dafür sei bereits vorbereitet. Die Furcht vor Zwangsmassnahmen und Gewalt ist gross.

Aserbaidschan verkündete gleichzeitig das Ende seiner «antiterroristischen Operation»; Karabach habe sich ergeben. In den Stunden davor war immer offensichtlicher geworden, dass die unterlegenen Streitkräfte Karabachs der aserbaidischen Armee wenig entgegenzusetzen hatten. Armenien setzte nach eigenen Angaben keine eigenen Truppen ein und widersprach damit der aserbaidischen Darstellung.

Die ganze Nacht über hatte der Beschuss mit Artillerie, Raketen und Drohnen nicht nachgelassen. In dem auf ein Rumpfterritorium rund um die Hauptstadt Stepanakert geschrumpften Siedlungsgebiet rückten die Aserbaidschaner auch auf dem Boden vor. Den karabachischen Kämpfern fehlte es nicht nur an Munition und modernen Waffen. Wegen der monatelangen Blockade der Region hatten sie auch zu wenig Treibstoff, um sich innerhalb des Gebiets zu bewegen.

Die russischen «Friedenstruppen», die nach der Niederlage im Karabach-Krieg vor drei Jahren als Schutzmacht der Karabach-Armenier installiert worden waren, griffen nicht ein. Sie brachten aber Zivilisten aus den umkämpften Siedlungen in Sicherheit. Auf Filmmaterial, das der

Fernsehsender der russischen Armee verbreitete, war das beklemmende Bild langer Kolonnen von Evakuierten zu sehen, die auf dem Stützpunkt der «Friedenstruppen» Schutz fanden – und vermutlich nie wieder in ihre zurückgelassenen Häuser zurückkehren werden. Die rund 2000 Personen lagerten unter freiem Himmel auf dem Flughafen von Stepanakert.

Damit hat der aserbaidische Präsident Ilham Alijew sein Ziel, die vollständige Kontrolle über das zu Sowjetzeiten aserbaidische Gebiet zurückzuerlangen, mit militärischer Gewalt erreicht. Die neunmonatige Blockade der Region, die einem Aushungern der fast 100 000 Einwohner gleichkam, war der makabre Prolog dazu gewesen. Dem Versuch der Abschnürung hatten sich die Karabach-Armenier entgegengestellt; militärisch hatten sie nun keine Chance mehr.

Die Zukunft der armenischstämmigen Bevölkerung Karabachs wirkt damit düster. Den Schalmeienklängen aus Baku traut sie nicht. Zu oft hatten Alijew und seine Propagandisten von der Auslöschung der armenischen Präsenz in der an Kulturgütern reichen Gebirgsregion gesprochen, zu viel Hass hat sich in den vergangenen dreissig Jahren zwischen den beiden Völkern aufgestaut, als dass ein friedliches Neben- und Miteinander realistisch erscheint.

### Schwere Bürde für Armenien

Auch für Armenien ist die Bedrohung keineswegs gebannt. Innenpolitisch wird der unwiederbringliche Verlust Nagorni Karabachs für Verwerfungen sorgen. Die Opposition und mit ihr sympathisierende beträchtliche Teile der Bevölkerung werfen Ministerpräsident Nikol Paschinjan vor, Nagorni Karabach mutwillig geopfert zu haben, als er im Grundsatz dessen territoriale Zugehörigkeit zu Aserbaidschan bestätigte. Damit brachte er auch Russland gegen sich auf. Entsprechend kühl fielen die russischen Reaktionen aus.

Dass Paschinjan darauf verzichtete, an Karabachs Seite in den Kampf gegen Aserbaidschan zu ziehen, sehen seine Gegner als Verrat und Feigheit. Auch am Mittwoch versammelten sie sich in der Erewaner Innenstadt. Forderungen nach einem Umsturz liegen in der Luft. Paschinjan hatte in seiner Reaktion auf die Waffenruhe in Karabach die russischen «Friedenstruppen» für die Sicherheit der Bevölkerung verantwortlich gemacht. Zugleich ist abzusehen, dass Armenien Zehntausende von Karabachern aufnehmen muss – sofern Aserbaidschan diese überhaupt ziehen lässt.

Aber auch das Verhältnis Armeniens zu Aserbaidschan ist durch die vorläufige Entscheidung in Karabach nicht geklärt. Bakus Forderung nach einer Landverbindung quer durch Armenien in seine Exklave Nachitschewan ist der verbliebene Stolperstein für eine Friedensregelung zwischen den verfeindeten Nachbarn. Alijews Truppen stehen an den Grenzen und sind dazu bereit, Armenien in die Zange zu nehmen, um, falls nötig, einen solchen Korridor gewaltsam zu erzwingen.

Wirtschaft, Seite 22





Die Kunden der deutschen Supermarktkette Penny staunten jüngst nicht schlecht, als ihnen der Discounter die «wahren Kosten» von Lebensmitteln verrechnete. Wiener Würstchen kosteten plötzlich fast doppelt so viel wie üblich, Joghurts 40 Prozent mehr. Penny wollte damit zeigen: So hoch wären die korrekten Preise, wenn die Konsumenten auch für die Umweltkosten aufkommen müssten, die bei der Produktion der Lebensmittel entstehen.

Die Aktion von Penny war eher ein Marketing-Gag. Sie umfasste nur neun Produkte und dauerte eine Woche. Aber sie lenkte die Aufmerksamkeit auf ein Problem, das im Kern der heutigen Debatten über Ernährung und Landwirtschaft steht. Die Produktion von Lebensmitteln ist mit erheblichen Umweltbelastungen verbunden. Wie lassen sich die Umweltschäden auf ein verträgliches Mass reduzieren?

## Mikromanagement des Bundes

Dass etwas passieren muss, bestreitet kaum mehr jemand. Zum einen ist die Landwirtschaft eine bedeutende Quelle von Treibhausgasemissionen, die den globalen Klimawandel antreiben. In der Schweiz steht die Nahrungsmittelproduktion für 14 Prozent der Emissionen. Diese stammen vor allem aus der Tierhaltung für die Herstellung von Fleisch- und Milchprodukten. Zum andern ist die Landwirtschaft auch für viele lokale Umweltprobleme verantwortlich. Überdüngung und Pestizideinsatz – auch im konventionellen Pflanzenanbau – belasten naturnahe Ökosysteme, verringern die Artenvielfalt und verschmutzen das Grundwasser. Die gesamten Umweltkosten der Landwirtschaft werden für die Schweiz auf mindestens 3 Milliarden Franken pro Jahr geschätzt. Bis jetzt werden diese Kosten vor allem von der Allgemeinheit getragen.

Wie dieser Missstand behoben werden soll, darüber gehen die Meinungen jedoch auseinander. Der Schweizer Staat setzt vor allem auf Mikromanagement. Das zeigt die «Klimastrategie für Landwirtschaft und Ernährung», die der Bund gerade vorgestellt hat. Nicht weniger als 42 Massnahmen will die Bundesverwaltung vorantreiben, damit sich die Bevölkerung künftig möglichst umweltgerecht ernährt – also weniger Fleisch und mehr Pflanzen isst. Allerorten soll aufgeklärt, informiert und gefördert werden. Das wird vor allem die Verwaltung beschäftigen. Ob es auch etwas nützen wird, ist zweifelhaft.

Linke Politiker wollen weiter gehen. Um den Fleischkonsum zu reduzieren, möchten sie etwa Altersheimen oder Kantinen vorschreiben, dass sie nur noch vegane Gerichte aufstischen dürfen. In Zürich würden Sozialdemokraten und Grüne am liebsten Kühe aus der Stadt verbannen, weil sie finden, das würde dem globalen Klima guttun. Auf der anderen Seite des Spektrums stehen oft die Landwirte. Sie wittern Bevormundung und finden, der Staat habe den Leuten beim Essen nicht dreinzureden. Sie sprechen gerne von Konsumentensouveränität. So heisst es beim Schweizer Bauernver-

# Nicht Bio, Kostenwahrheit rettet die Umwelt

*Die einen wollen Fleisch verbieten. Die anderen finden, die Verantwortung für nachhaltige Ernährung liege allein bei den Konsumenten. Doch beides ist falsch. Für Umweltschutz braucht es vor allem die richtigen Preise.*

Von Matthias Benz

band, man müsse eben produzieren, was die Konsumenten verlangten. Mit anderen Worten: Wenn den Leuten Umweltschutz wichtig ist, dann sollen sie gefälligst mehr Bio- und Labelprodukte kaufen. Dann würden die Bauern ihre Produktion auch entsprechend anpassen.

Damit wird sämtliche Verantwortung auf den Schultern der Konsumentinnen und Konsumenten abgeladen. Aber das ist ebenso falsch wie staatliche Bevormundung. Zwar stimmt es, dass die Kunden mit dem Kauf von Bio- und Labelprodukten eine nachhaltige Landwirtschaft fördern können. Aber bei öffentlichen Gütern wie dem Umweltschutz stösst private Initiative an Grenzen. Viele Konsumenten fragen sich zu Recht: Warum soll ich teure Labelprodukte kaufen oder freiwillig Verzicht üben, wenn die anderen Trittbrett fahren und mit ihrem Nahrungsmittelkonsum die Umwelt weiterhin auf Kosten der Allgemeinheit belasten? Als Folge davon verharren die Bio-Marktanteile bei rund 10 Prozent, und viele Bauern halten an der umweltschädigenden intensiven Landwirtschaft fest.

Es braucht deshalb neue Ansätze. Der Königsweg für eine Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik, die gleichzeitig umweltgerecht und liberal ist, heisst Kostenwahrheit. Das Prinzip ist so einfach wie in den Wirtschaftswissenschaften altbekannt. Wenn es Umweltkosten zulasten der Allgemeinheit gibt (im Fachjargon: Externalitäten), sollen diese im Preis berücksichtigt (internalisiert) werden. Dann lohnt sich Umweltschutz. Produzenten und Konsumenten weichen auf umweltfreundlichere Güter aus. Die Umweltschäden gehen auf ein Niveau zurück, das gesellschaftlich tragbar ist.

## Wie in der Klimapolitik

Wie das Prinzip der Kostenwahrheit für den Nahrungsmittelsektor umgesetzt werden könnte, haben der Zürcher Agrarökonom Felix Schläpfer und der Berater Markus Ahmadi jüngst in einem Buch dargestellt. Sie fordern einerseits, dass Subventionen

Konsumentinnen und Konsumenten könnten wieder aufs Wesentliche achten: auf die Qualität und die Frage, ob ihnen ein Produkt den verlangten Preis wert ist.

für umweltschädliche Produktionsweisen abgebaut werden. Andererseits schlagen sie die Einführung von Lenkungsabgaben vor. Solche Abgaben müssten erhoben werden auf den Treibhausgasemissionen, die bei der Lebensmittelproduktion anfallen, sowie auf den Treibern der intensiven Landwirtschaft – Kunstdünger, Pestizide oder Futtermittel. Die Strategie wäre mithin ähnlich wie in der Klimapolitik. Um den Klimaschutz effizient zu gestalten, plädieren Ökonomen dafür, CO<sub>2</sub>-Emissionen mit einem Preis zu versehen. Dann engagieren sich Menschen und Unternehmen aus eigenem Interesse für den Umweltschutz.

Das Prinzip der Kostenwahrheit weckt allerdings auch Kritik und Ängste. Werden Lebensmittel in der Schweiz dann nicht noch teurer? Die Antwort lautet Ja und Nein. Die Preise von Nahrungsmitteln mit einer schlechten Ökobilanz würden tatsächlich steigen, wenn jeder die «wahren Kosten» bezahlen müsste. Aber gleichzeitig wäre es wichtig, dass die Politik die Einnahmen aus den Lenkungsabgaben vollständig an die Bevölkerung zurückverteilt. Für den durchschnittlichen Haushalt würde dann der Nahrungsmittelkonsum in der Summe nicht teurer. Wer hingegen gerne viel Fleisch, Milchprodukte und Eier isst, müsste in den sauren Apfel beißen und sich überlegen, ob ihm das die höheren Preise wert ist.

Widerstand gibt es auch von den Bauern. Sie sagen: «Wenn wir umweltschonend produzieren müssen, steigen unsere Kosten, und die Menschen kaufen dann einfach im Ausland ein, weil es günstiger ist.» Der Einwand ist berechtigt. Kostenwahrheit sollte grundsätzlich auch für importierte Lebensmittel gelten. Der Staat hat Ansatzpunkte, um hier regulierend einzugreifen. So könnte der Bund die bestehenden Importzölle abtufen: Für nachhaltig produzierte Lebensmittel wie Bio-Produkte könnten sie herabgesetzt, für umweltbelastende Importe erhöht werden.

Linke Politiker werden schliesslich einwenden, dass der Weg der Kostenwahrheit viel zu lange dauere und die «Ernährungswende» viel beherzter angepackt werden müsse. Doch sie sollten bedenken, dass alles, was nach Verboten und Vorschriften riecht, einen grossen Teil der Bevölkerung abstösst. Die Debatte um die Ernährung wird auch deshalb so erbittert geführt, weil das Thema den Leuten so nahegeht. Essen ist Alltag, Gewohnheit, Tradition und Genuss. Die Menschen mögen es nicht, wenn ihnen Politiker auf die Teller greifen.

## Ein freiheitlicher Weg

Das Prinzip der Kostenwahrheit ist deshalb auch ein Angebot zur Entspannung. Es würde Konfliktpotenzial aus den Debatten um die Ernährung nehmen. Zudem wäre es mit Erleichterungen für die Konsumenten verbunden. Für Supermarktkunden ist der tägliche Einkauf heute oft ein Spiessrutenlauf. Wer bei jedem Produkt wissen will, wie die Ökobilanz genau aussieht, ist schnell überfordert. Anders wäre es, wenn der Ladenpreis bei allen Lebensmitteln die vollen Kosten enthalten würde. Die Konsumentinnen und Konsumenten müssten sich kein schlechtes Gewissen mehr machen. Sie könnten wieder aufs Wesentliche achten: auf die Qualität und die Frage, ob ihnen ein Produkt den verlangten Preis wert ist.

Das Prinzip der Kostenwahrheit ist der freiheitliche Weg, um zu einer umweltgerechten Ernährung zu kommen. Niemandem wird vorgeschrieben, was er noch essen darf und was nicht. Aber gleichzeitig werden die Umweltfolgen des Nahrungsmittelkonsums nicht ausgeblendet. Konsumenten und Produzenten müssen eine Verantwortung tragen, die zu einer freiheitlichen Gesellschaft gehört: dass sie für die Kosten ihres Tuns geradestehen. Wenn die Umweltexternalitäten so bedeutend sind wie bei Nahrungsmitteln, ist es gerechtfertigt, dass der Staat die richtigen Leitplanken setzt. Sie bestehen nicht aus Zwang oder bürokratischer Feinsteuerung, sondern aus Kostenwahrheit.